

Ausländer-“den Weizen vom Spreu trennen“

Die Arena-Gespräche im Fernsehen und die Debatten im Nationalrat zur Frage der Asylanten und dem erneut wachsenden Ausländer-Zustrom haben manchen Schweizer aufgeschreckt. Weniger wegen dem **weltweit höchsten prozentualen Ausländerbestand** (1.4 Mio Personen, etwa 20% der Wohnbevölkerung), sondern vor allem wegen der relativ hohen Dunkelziffer illegal anwesender Ausländer und einer zunehmenden Kriminalität. Dazu folgender Kommentar:

1. Die Schweiz ist nach wie vor ein **offenes Land** für jene Ausländer, die wirklich eine neue Heimat, ehrliche Arbeit, ein menschenwürdiges Dasein oder ganz einfach Schutz vor Terror und Krieg suchen. Der grösste Teil der Ausländer fühlt sich auch wohl bei uns, ist in die Bevölkerung integriert und entwickelt sich mit den Jahren in vielen Fällen zu wertvollen Bürgerinnen und Bürger.

Ein Eingliederungs-Prozess, der durch eine **aktive**, nicht nur **defensive Einwanderungspolitik** zu beschleunigen wäre. Diese sollte aber auch eine qualitative, zur Zusammensetzung unserer Bevölkerung besser passenden Auswahl ermöglichen, mit besonderer Priorität für humanitäre Fälle und junge rehabilitationswillige Menschen. Gerade zu diesem Zweck ist eine **obere Grenze** der für das Land tragbaren Zahl notwendig; ebenso eine gleichmässige Verteilung über das ganze Land, damit keine Zusammenballungen entstehen, welche die vorhandene Wohnbevölkerung, einschliesslich der bereits in der Schweiz lebenden Ausländer, dominieren.

2. Besonders schwierig ist die Eingliederung von Flüchtlingen, die aus einer **rauen, brutalen Welt** kommen, wo Not, Terror und Totschlag vorherrschen. Konfrontiert mit unserer Wohlstandsgesellschaft, geplagt von der Sorge um ihre im Elend zurückgelassenen Angehörigen, sind, zwar nicht die Mehrheit, aber doch ein immer beträchtlicherer Teil für ein **kriminelles und “renitentes”** (früher sagte

man aggressives) Verhalten anfällig.

Die rasch zunehmende Zahl von kleineren und grösseren Straftaten, die häufig blutigen Auseinandersetzungen der einzelnen Gruppen unter sich, sowie der durch neue Konflikte ausgelöste Zustrom von Flüchtlingen, die damit verbundenen Massendemonstrationen und eine intensive neutralitätswidrige politische Tätigkeit in der Schweiz hat **breite Teile der schweizerischen Bevölkerung**, bei allem Verständnis für die Bestrebungen nach Freiheit und Autonomie, **verunsichert**.

3. Irgendwie, und das kam bei den Arena-Gesprächen deutlich zum Vorschein, ist die Rechtslage betreffend die **Verteilung der Kompetenzen zwischen dem Bund und den Kantonen viel zu komplex**, um nicht zu sagen "verwirrt".

Die Verfahrensfristen sind viel zu lang. In vielen Fällen verunmöglicht eine sehr zurückhaltende, wegen der verschiedenartig ausgelegten Menschenrechtskonvention verängstigte Justiz ein energisches Vorgehen der Polizei gegen die, besonders im Drogenhandel, wiederholt straffälligen Asylanten. Dem illegalen Aufenthalt gegenüber fehlt es an einem personalmässig genügenden **Grenzschutz und Kontrollen** im Inland. Und unsere "lieben" Nachbarn haben es sich neuerdings zur Gewohnheit gemacht, die ihnen nicht passenden Ausländer einfach in Nacht und Nebel über unsere Grenze zu stellen.

4. Der auf Jahre zurückgehende Vorschlag, auch den **Vollzug aller fremdenpolizeilichen Bestimmungen** (von der Ankunft, während dem Aufenthalt und bis zum Weggang) zur **Aufgabe des Bundes** zu erklären, sollte nun rasch verwirklicht werden. Ein Bundespolizeikorps, zusammen mit einem, allenfalls durch die Armee verstärkten Grenzschutz (wie das nun an unserer Südgrenze praktiziert wird) und in engster Zusammenarbeit mit den kantonalen Polizeikräften würde, zusammen mit den nunmehr vorgeschlagenen Gesetzes-Aenderungen, ermöglichen, **illegale Einwanderer und Aufenthalter, sowie alle straffälligen Ausländer** zu erfassen und bis zu ihrer Ausschaffung

sicher zu stellen: Gewissermassen den “Weizen vom Spreu
“ zu trennen.

Dazu braucht es **klare Gesetze**, die einerseits eine rasche und kompromisslose Ausschaffung vorsehen, andererseits den **übrigen Ausländer die Integration** in unsere Bevölkerung, zusammen mit ihren Angehörigen, **erleichtern**. Damit wäre nicht nur für Sicherheit und Ordnung der schweizerischen Bevölkerung gesorgt, sondern vor allem auch für den Grossteil der bei uns lebenden, sich anständig verhaltenden Ausländer.

5. Mit dem von der EU verlangten Abkommen über den freien Personenverkehr würde die Schweiz nicht besser fahren, weil dann alle Flüchtlinge, die durch die grossen Löcher der gemeinsamen Grenze in die EU geschlüpft sind (und diese gehen in die hunderttausende), wegen dem Wegfall jeglicher Grenzkontrollen (gemäss Schengener-Abkommen) noch leichter in die Schweiz gelangen oder sogar bewusst dorthin gelenkt werden.